

Bolz, Klaus

Article — Digitized Version

Politisierte Entwicklungshilfe

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Bolz, Klaus (1969) : Politisierte Entwicklungshilfe, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 49, Iss. 3, pp. 121-122

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133945>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Politisierte Entwicklungshilfe

Der Streit um die Aufnahme der Bundesrepublik in die Sonderkommission des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen (ECOSOC) hat eine Reihe von Problemen ins weltpolitische Blickfeld gerückt und Akzente verschoben. Denn die eigentliche Aufgabe der Sonderkommission – strategische Richtlinien für die zweite Dekade der UN-Entwicklungshilfe auszuarbeiten – trat durch die politischen Querelen in den Hintergrund. Der Versuch der UdSSR, den Beschluß der Vollversammlung zu boykottieren und die Aufnahme der Bundesrepublik in die Entwicklungskommission zu verhindern, kann nicht mit der Genugtuung über den weltweit erteilten Tadel für den Störenfried abgetan werden. Er sollte zum Anlaß genommen werden, einige grundlegende Probleme der internationalen Organisation der Entwicklungshilfe zu beleuchten.

Das Dilemma beginnt schon bei der UNCTAD und den Tagungen ihres Entwicklungsrats in Genf. Während die einen diese Zusammenkünfte als Forum freier Aussprache zwischen Industrie- und Entwicklungsländern sahen, halten die anderen sie für die Aktionsbasis von „pressure groups“ der ökonomisch schwachen Länder, die den Industrieländern durch dramatische Aufbausung ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage größtmögliche Hilfsangebote zu entlocken versuchen. Tatsächlich haben die bisherigen Ratssitzungen der UNCTAD außer der Aufstellung von extremen Forderungen kaum Ergebnisse gebracht. Aber die Rolle des Planers und Kontrolleurs der internationalen Entwicklungspolitik liegt auch nicht bei der UNCTAD, sondern gemäß den UN-Statuten beim ECOSOC. Auf seiner diesjährigen Tagung versuchte der UNCTAD-Rat, die strategische Planung des zweiten Entwicklungsjahrzehnts gegen den Widerstand der westlichen und östlichen Industrieländer an sich zu ziehen. Der Vorstoß scheiterte jedoch vorerst. Sicher nicht zuletzt deshalb, weil der Blick der Genfer Delegierten auf das Schauspiel in der ECOSOC-Sonderkommission in New York gerichtet war. Dort drohten die Sowjets: Falls der Präsident der UN-Generalversammlung Arenales die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die genannte Sonderkommission bestätigen würde, wollten sie ihre Mitarbeit bei der internationalen Entwicklungsplanung aufkündigen. Der weltweiten Zusammenarbeit in Fragen der Entwicklungshilfe wurde damit kein Dienst erwiesen. Besonders schwer wiegt der Umstand, daß die Sowjets offensichtlich Nachlaßstreitigkeiten des Zweiten Weltkrieges in einem Gremium austragen wollten, das bei vielen Menschen Hoffnungen auf fruchtbare internationale Zusammenarbeit für das kommende Jahrzehnt geweckt hat. Glauben die Sowjets auf die politische Stimme der Dritten Welt verzichten zu können, oder unterschätzen sie deren politisches Urteilsvermögen? Vorläufig ist ihr Erfolg jedenfalls äußerst zweifelhaft. Denn ihr Image als Gubernation, das im Vergleich zum Westen mit relativ geringen Mitteln aufgebaut wurde, ist ins Wanken geraten. Das Denken und Handeln allein in politischen Kategorien hat Zweifel darüber entstehen lassen, ob die Sowjets wirklich unabhängig von ihrem sonstigen politischen Konzept den Entwicklungsländern helfen wollen. Haben sie erwartet, die Entwicklungsländer würden schweigen, wenn die Bundesrepublik als eine der wichtigsten Kapitalgubernationen von der strategischen Planung der Entwicklungshilfe ausgeschlossen werden sollte; zumal ihre Mitarbeit in anderen UN-Gremien sehr geschätzt wird? Ist es nicht selbstverständlich, daß im Streitfall derjenige Geber (hier die Bundesrepublik)

den Beifall und die Stimme der Entwicklungsländer erhält, der seit Jahren die größere Hilfe gibt und bei dem man den festen Willen zur Hilfe nicht nur als Lippenbekenntnis sieht?

Wenn Überlegungen dieser Art die UdSSR und ihre Verbündeten nicht zur Rückkehr in die Sonderkommission veranlassen, so könnten sie aber durch das Verhalten der Chinesen dazu gezwungen werden. Denn das sowjetische Vorgehen dürfte Peking, das sich zur Zeit sehr intensiv in der Entwicklungshilfe in Afrika engagiert, sehr gut ins politische Konzept passen. Gelingt es China, die eigenen Entwicklungsanstrengungen jetzt international herauszustreichen, so kann dies den Sowjets u. a. für die Vorbereitungen einer bevorstehenden kommunistischen Weltkonferenz nicht gleichgültig bleiben. Bildete die rein politisch begründete Forderung, die DDR in die Kommission aufzunehmen bzw. die BRD nicht aufzunehmen, den Grund für das Verlassen der Kommission, so könnten die ebenfalls rein politischen Erwägungen im Hinblick auf China in Kürze die Sowjetunion zur Rückkehr bewegen.

Die Westmächte taktierten mit ihren Boykott-Drohungen für den Fall der Nichtaufnahme der BRD kaum geschickter als die Russen. Denn die in Aussicht genommene Verlegung der strategischen Planung in die UNCTAD konnte wahrlich nicht in der Absicht der westlichen Industrienationen liegen. Derartig wichtige Verhandlungen kann man schon rein technisch im Kreise von 128 Mitgliedstaaten kaum wirkungsvoll führen. Das haben die UNCTAD-Sitzungen bisher zur Genüge bewiesen. Außerdem würden die Industrieländer hier aufgrund der Stimmenverteilung in vielen Abstimmungen zwangsläufig unterliegen. Und da diese Staaten den häufig maßlosen Forderungen dieses Gremiums kaum nachkommen dürften, wäre eine derartige Veranstaltung sehr schnell zum Scheitern verurteilt.

Die ECOSOC bleibt daher das derzeit einzig brauchbare Entwicklungsorgan zur Aufstellung langfristiger Richtlinien. Aber auch nach einer möglichen Bereinigung der Affäre wird eines zurückbleiben: Das Gefühl der hilfeschekenden Entwicklungsländer, im Zweifelsfalle nicht mehr zu sein als ein Spielball der Industrieländer bei der Austragung ihrer politischen Differenzen.

Die Entwicklungsländer sind ohne Zweifel die Leidtragenden jeder Verzögerung der strategischen Planung für 1970/1980. Und doch möchte man meinen, daß sie aus diesen Ereignissen der letzten Wochen eine Lehre ziehen sollten. Denn haben sie nicht mit List und Klugheit seit mehr als zehn Jahren aus dem Ost-West-Gegensatz tüchtig Kapital geschlagen? Sie sollten ihre Vorwürfe daher nicht einseitig auf die Geberländer konzentrieren, sondern auch die eigenen Fehler sehen.

Wenn auch alle Mitglieder der ECOSOC-Kommission letztlich aus eigenem Interesse bald wieder zur Mitarbeit bereit sein dürften, so setzen diese Ereignisse zu Beginn des neuen Entwicklungsjahrzehnts doch einen traurigen Markstein. Die enttäuschenden Resultate des ersten Jahrzehnts hätten eine überzeugendere Inangriffnahme des zweiten wünschenswert erscheinen lassen. Wer die Gefahren einer zunehmenden Vertiefung der Kluft zwischen wirtschaftlich rückständigen und entwickelten Ländern sieht, wird kaum Verständnis dafür aufbringen können, daß Ost und West fast alle Chancen versäumen, dieser Gefahr gemeinsam entgegenzutreten. Die Entwicklung der Welt wird die reichen Länder in Ost und West eines Tages unausweichlich zur Zusammenarbeit zwingen. Aber wie lange wird es dauern, bis sich Ansichten wie die des Ungarn József Bognár in der internationalen Entwicklungspolitik durchsetzen? „Jede Zusammenarbeit muß davon ausgehen, daß niemand imstande ist, die Probleme allein zu lösen, daß sich aber andererseits an der Bewältigung der Aufgaben jeder beteiligen muß.“

Klaus Bolz